

5000 Menschen protestieren: Gewerkschaften fordern mehr Lohn in Kiel!

Am 13.03.2025 protestieren über 5.000 Menschen in Kiel für höhere Löhne im öffentlichen Dienst während Warnstreiks.



Kiel, Deutschland -

Am 13. März 2025 gingen in Kiel rund 5.000 Menschen auf die Straße, um im Rahmen von Warnstreiks im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Laut Angaben der Polizei war die Zahl der Teilnehmenden deutlich niedriger als von der Gewerkschaft ver.di, die von über 6.000 Protestierenden sprach. Die Demonstration war Teil der Protestaktionen vor der dritten Tarifrunde, die vom 14. bis 16. März in Potsdam stattfinden wird.

Die Teilnehmenden, die sich von Gewerkschaftshaus und Ostseekai zum Rathausplatz bewegten, forderten unter anderem „Acht Prozent mehr Lohn!“. Die Verärgerung über das fehlende Angebot der Arbeitgeberseite war spürbar. Diese betonte, dass Kompromisse am Verhandlungstisch erzielt werden sollten und nicht auf der Straße. Die Warnstreiks, organisiert von ver.di Nord, betrafen Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, darunter Verwaltungen, Kitas, Schwimmbäder, Theater und die Abfallwirtschaft.

Auswirkungen der Warnstreiks

Die Warnstreiks führten zu erheblichen Einschränkungen in vielen Bereichen. So wurden Operationen in städtischen Krankenhäusern verschoben, jedoch wurde die Notfallversorgung gesichert. Auch im Schiffsverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal kam es aufgrund des Protestes zu Stillstand; Schiffe müssen Umwege über den Skagerak nehmen. Auf die bereits stattgefundenen Warnstreiks in den letzten zwei Wochen, die sich vor allem auf den Gesundheitsbereich konzentrierten, folgten diese aktuellen Aktionen.

Die Arbeitgeberseite, vertreten durch den Arbeitgeberverband KAV SH, äußerte sich kritisch zu den Streiks und bezeichnete sie als unnötig, insbesondere vor der dritten Verhandlungsrunde. Die Gewerkschaften fordern neben einer Erhöhung der Gehälter auch höhere Zuschläge für belastende Arbeitszeiten. Die Ausgangssituation der Tarifverhandlungen ist angespannt, da den Ergebnissen der letzten Verhandlungsrunde am 17./18. Februar 2025 kein Einigungserfolg folgte.

Die Tarifverhandlungen sind besonders relevant, da etwa 2,3 Millionen Angestellte bei Bund und Kommunen betroffen sind. Der bestehende Tarifvertrag endet am 31. Dezember 2024, was die Dringlichkeit der Verhandlungen unterstreicht. Die Gewerkschaften beabsichtigen, im Herbst 2024 weitere Forderungen zu formulieren, da die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst eine der größten tariflichen Vereinbarungen

in Deutschland darstellen und voraussichtlich bis zu 2,8 Millionen Menschen betreffen können.

Die dritte Tarifrunde vom 14. bis 16. März wird entscheidend für die künftigen Arbeitsbedingungen und Gehälter im öffentlichen Dienst sein, wie **oeffentlicher-dienst-news.de** hervorhebt.

Details	
Vorfall	Demonstration
Ort	Kiel, Deutschland
Verletzte	28
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ndr.de• oeffentlicher-dienst-news.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de